

Protokoll

Rat Hav/010

**über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates Haverlah
der Gemeinde Haverlah
am Dienstag, den 19.03.2019, von 19:00 Uhr bis 20:55 Uhr
Gasthaus Deutsches Haus, Hauptstraße 2, Haverlah**

Anwesend:

Bürgermeister

Wolf, Hans-Heinrich

Ratsmitglied

Ahrberg, Jörg-Hinrich

Beims, Andre

Fromme, Jochen-Konrad

Hoffmeister, Björn

Neumeyer, Thomas

Peuschel, Peter

Tempel, Michael

Vöhringer, Almuth

Wölbern, Oliver

Verw. Ang. zugleich als Protokollführer/in

Kälin, Sandra

Abwesend:

Ratsmitglied

Weniger, René

entschuldigt

Öffentliche Sitzung

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:55 Uhr

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung des Rates

BGM Wolf eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates fest. Anschließend begrüßte er die anwesenden Einwohner und Herrn David von der Salzgitter Zeitung.

Weiterhin fragte der Sprecher an, ob es hinsichtlich der Tagesordnung noch Änderungs- oder Ergänzungswünsche geben würde.

RM Fromme meldete sich zu Wort und teilte mit, dass er zwei Themen auf der Tagesordnung vermissen würde. Zum einen den Antrag der CDU-Fraktion vom Dezember 2018 auf Umbesetzung von Ausschüssen und weiterhin die Aufhebung des Bebauungsplanes Haverlah Nord/West.

BGM Wolf erwiderte, dass man das Thema „Aufhebung Bebauungsplan“ in der nächsten Sitzung behandeln würde, da das Protokoll der letzten Verwaltungsausschusssitzung noch nicht fertiggestellt sei.

Hinsichtlich des Antrages auf Umbesetzung von Ausschüssen regte BGM Wolf an, diesen Antrag als neuen TOP 13 mit auf die Tagesordnung zu nehmen.

Im Gemeinderat bestand Einvernehmen über die Erweiterung der Tagesordnung.

2. Genehmigung des Protokolls über die 9. Sitzung des Gemeinderates vom 20.11.2018

RM Fromme äußerte, dass er dem Protokoll nicht zustimmen könnte. Er habe eine persönliche Erklärung angemeldet und abgegeben und sei in der Sitzung daraufhin angegriffen worden. Die Ratsmitglieder Beims und Vöhringer hingegen seien angehört und nicht angegriffen worden. Ferner würde im Protokoll nicht das Video, welches einen Beweis für die Lärmbelästigung während der Bauarbeiten in der Kita Rappelkiste sei, erwähnt werden.

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 1

3. Einwohnerfragestunde

Herr Crome fragte an, warum im Bereich der Hauptstraße drei Poller aufgestellt wurden. Durch am Straßenrand parkende Autos käme es für die Landwirte immer wieder zu Problemen diesen Bereich mit großen Maschinen zu befahren und durch die Poller sei nun mehr ein Ausweichen auf den Bürgersteig nicht mehr möglich.

BGM Wolf antwortete, dass es einen Einwand von einem Anlieger dahingehend gegeben habe, dass dieser durch das Ausweichen des Schwerlastverkehrs auf den Bürgersteig keinen ordnungsgemäßen Winterdienst mehr vor seinem Grundstück durchführen konnte. Das Thema wurde im technischen Ausschuss beraten und man kam einstimmig zu dem Ergebnis, in diesem Bereich Poller aufzustellen um Abhilfe zu schaffen. BGM Wolf sagte aber zu, dass man sich bei der nächsten Verkehrsschau diesen Bereich noch einmal ansehen werde.

Herr Meinholz machte auf den schlechten Zustand von Straßen in Haverlah bedingt durch Löcher und abgesenkte Kanten aufmerksam und fragte nach, wann es zu einer Reparatur der Straßen kommen würde.

BGM Wolf führte an, dass es schön wäre wenn bei massiven Schäden ein Hinweis von den Bürgern erfolgen würde. Ferner teilte er mit, dass sich der technische Ausschuss 3 bis 4 mal im Jahr zu einer Sitzung mit Außenterminen treffen würde und sich im Rahmen dieser Außentermine solche Dinge angesehen werden würden und man bestrebt sei, dann schnell Abhilfe zu schaffen.

Herr Lorenz nahm Bezug auf den schweren Verkehrsunfall zwischen Steinlah und Haverlah bei dem 28 Feuerwehrleute vor Ort im Einsatz waren und fragte in diesem Zusammenhang nach, wie die Alarmkette ablaufen würde.

BGM Wolf erklärte, dass der Feuerschutz eigentlich Aufgabe der Samtgemeinde Baddeckenstedt sei. Zur näheren Erläuterung der Anfrage übergab er das Wort an RM Beims.

RM Beims führte an, dass es eine sogenannte Alarmausrückordnung geben würde. Danach würden bei Alarm die Ortswehren als Ersthelfer ausrücken und daneben sofern schweres Gerät erforderlich ist, auch eine Stützpunktfeuerwehr. Da bei diesem Einsatz schweres Gerät in doppelter Ausführung angefordert wurde, ist neben der Stützpunktfeuerwehr Baddeckenstedt auch die Stützpunktfeuerwehr Sehle ausgerückt, so dass letztendlich vier Wehren vor Ort waren.

BGM Wolf schloss die Einwohnerfragestunde um 19:15.

4. Ehrung von Frau Dagmar Fromme anlässlich ihrer 35-jährigen Tätigkeit als Büchereiwartin des Ortsteiles Haverlah

BGM Wolf teilte mit, dass er heute die ehrenvolle Aufgabe habe, eine Ehrung vorzunehmen. Vor 35 Jahren habe Frau Dagmar Fromme die Bücherei in Haverlah übernommen und führt diese seitdem lückenlos als Büchereiwartin. Frau Fromme habe eine ganz besondere Bindung an das Dorfgemeinschaftshaus, da sie in diesem ihre Kindheit als Tochter des ehemaligen Schulleiters der Dorfschule verbrachte.

Die Arbeit in den ersten Jahren sei sicherlich intensiver gewesen, so der Sprecher, da heutzutage viele Menschen anstelle eines Buches auf ein E-Book oder andere digitale Medien zurückgreifen würden.

Frau Fromme bedankte sich und führte an, dass ihr die Tätigkeit sehr viel Freude bereiten würde und es schön sei, ihr Hobby des Lesens mit dieser Arbeit verbinden zu können.

5. W-LAN Versorgung in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde

BGM Wolf verlas den Antrag und schlug vor, von der zweiten Variante Gebrauch zu machen und in dem Sportheim Haverlah und dem Dorfgemeinschaftshaus Steinlah je einen Indoor-Hotspot einzurichten.

RM Fromme verkündete, dass die CDU-Fraktion beantragt, je einen Outdoor-Hotspot zu schaffen um jedermann einen barrierefreien Zugang zum Internet zu ermöglichen. Seiner Auffassung nach würde die Kapazität einer Fritz Box in einem Gebäude nicht genügend Wirkung nach außen übertragen. Des Weiteren sei die Nutzung einer Fritz Box auch nur mit Kenntnis des Passwortes möglich. Daneben sei die Anzahl der Nutzer begrenzt. Bei den relativ geringen jährlichen Kosten von ca. 2.500 € sollte man sich für diese Variante aussprechen zumal ein Anschluss über den Breitbandbetrieb des Landkreises Wolfenbüttel gefördert werden würde und für den zweiten Anschluss eine Förderung im Rahmen des EU-Projektes „WiFi4EU“ beantragt werden könnte.

RM Wölbern vertrat die Auffassung, dass die Indoorhotspots - auch im Hinblick auf die Ausstrahlung nach außen - vollkommen ausreichend seien. Die Codierung der Fritz Box könnte im Außenbereich ausgehängt werden.

BGM Wolf erklärte, dass dieses Thema nicht das erste Mal auf der Tagesordnung stünde und bereits ausgiebig diskutiert worden sei, so dass er nun um Abstimmung hierzu bat.

a) Für die W-LAN-Versorgung in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde Haverlah werden Outdoor-Hotspots errichtet.

2 Ja-, 8 Nein-Stimmen

b) Für die W-LAN-Versorgung in öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde Haverlah werden Indoor-Hotspots mittels der Installation von WLAN-Routern und handelsüblichen Internet-Anschlüssen errichtet.

8 Ja-, 2 Nein-Stimmen

6. Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen - Rechtliche Verpflichtung zum Umbau sämtlicher Bushaltestellen

BGM Wolf teilte mit, dass der Hinweis ergangen sei, dass Bushaltestellen barrierefrei auszubauen sind. Dieser Ausbau wird seitens des Regionalverbandes Großraum Braunschweig und der Landesnahverkehrsgesellschaft gefördert. Dieses würde für die Orte Haverlah und Steinlah durchaus Sinn machen, für den Ortsteil Söderhof sehe er jedoch keine Notwendigkeit.

RM Fromme entgegnete, dass es keine Verpflichtung zum Ausbau geben könnte, da Zuschüsse gezahlt werden. Das Programm, so der Sprecher, würde bis zum Jahr 2022 laufen und eine 87,5 % ige Förderung vorsehen. Er regte an, alle Bushaltestellen barrierefrei auszubauen, da davon auszugehen sei, dass die Busfahrunternehmen dann auch nur noch diese entsprechenden Bushaltestellen anfahren werden und somit die Gemeinde zu einem späteren Zeitpunkt die restlichen Haltestellen auf ihre eigenen Kosten ausbauen müsste. Auch sei es nicht einzusehen, dass die Kinder in Söderhof in einer „Matschbushaltestelle“ stehen sollen. Bei ungefähren Ausbaukosten von 40.000 € für diese Bushaltestelle und einer 87,5%igen Förderung spräche man gerade mal über einen Eigenanteil der Gemeinde Haverlah in Höhe von 4.000 €.

RM Vöhringer gab zu bedenken, dass die Bushaltestelle in Söderhof ihres Wissens nach auf einem Privatgrundstück stehen würde. Ferner wäre eine bauliche Maßnahme dort schwierig, da es sich zum Teil um ansteigendes und zum Teil um abfallendes Gelände handeln würde. Der Bau einer Rampe würde sicherlich erforderlich werden.

RM Beims führte an, dass es keine Pflicht zum Ausbau der Bushaltestellen geben würde. Es bestünde lediglich die Pflicht, im Rahmen der Planung des Umbaus eine Prioritätenreihung zu erstellen.

RM Fromme betonte, dass sich der Anschein erwecke, Söderhofer Bürger seien offensichtlich Bürger zweiter Klasse.

BGM Wolf griff diesen Vorwurf auf und erklärte, dass Hintergrund dieser Bushaltestellenänderung unter anderem etwas mit Inklusion zu tun habe. Man möchte beeinträchtigte Kinder an normalen Schulen beschulen. Aus diesem Grund sollen behindertengerechte Einstiege geschaffen werden. Dieses macht in den Ortsteilen Haverlah und Steinlah auch Sinn. Im Ortsteil Söderhof hingegen gäbe es keine befestigten Wege. Wie sollten beeinträchtigte Kinder dort sicher zu einer barrierefreien Bushaltestelle gelangen?

7. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2018

Verw.Ang. Kälin erläuterte kurz die Vorlage über die entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben.

Diese wurden vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen.

8. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

BGM Wolf berichtete, dass seitens des Verwaltungsausschusses einvernehmlich beschlossen wurde einen Unterausschuss für die Maßnahme „Haus des Dorfes Haverlah“ zu bilden. In der ersten Sitzung dieses Ausschusses wurde durch den beauftragten Architekten ein Grundentwurf für das Gebäude vorgestellt. Weiterhin wurde darüber diskutiert wie sich der Unterausschuss organisiert und es wurde die Wahl eines Vorsitzenden durchgeführt. In der darauffolgenden Sitzung des Verwaltungsausschusses wurde seitens der CDU-Fraktion der Einwand vorgebracht, dass die CDU-Fraktion das Zugriffsrecht auf diesen Ausschuss hätte. Mit diesem Vorbringen war der Unterausschuss quasi aufgelöst.

Nunmehr werden weitere Beratungen zu diesem Thema in den Sitzungen des technischen Ausschusses erfolgen.

9. Antrag der CDU i. S. "Änderung der Ehrungsrichtlinien" v. 11.01.2019

BGM Wolf bat RM Fromme darum, den Antrag der CDU-Fraktion näher zu erläutern.

RM Fromme machte darauf aufmerksam, dass sich die Rahmenbedingungen für das Abhalten von Dorffesten stark verändert haben. Inzwischen würde es hohe Sicherheitsauflagen, u.a. das Vorhalten von hauptamtlichen Sanitätern und hauptberuflichen Ordnungs- und Sicherheitspersonal geben. Diese hohen Auflagen würden letztendlich dazu führen, dass es solche Feste zukünftig nicht mehr geben wird.

Die CDU-Fraktion möchte aus diesem Grund eine Möglichkeit schaffen, derartige Feste mit einem Zuschuss zu unterstützen.

Im Anschluss daran verlas RM Fromme noch einmal den genauen Antragstext.

RM Beims wies darauf hin, dass sich die Anforderungen an die Planung nicht geändert hätten, sondern seit langer Zeit schon so durch die Samtgemeinde festgeschrieben sind.

Über Einzelfallregelungen könne man aus Sicht des Sprechers jedoch jederzeit reden. Eine Änderung der Ehrungsrichtlinien bedürfe es seiner Meinung nach nicht. Auch habe ein Verein mit dem letzten Satz des Antrages der CDU „In diesem Fall kann die Gemeinde durch eine gesonderte Zuwendung die Maßnahme unterstützen“ keine Planungssicherheit. Weiterhin wird seitens der SPD-Fraktion der von der CDU-Fraktion angeregte Betrag von 5.000 € als unverhältnismäßig im Vergleich zu in der Vergangenheit gezahlten Zuschüssen für Sanierungsmaßnahmen gesehen.

RM Vöhringer brachte hervor, dass man vor einiger Zeit schon über das Thema von Sonderzuschüssen für besondere Veranstaltungen im Jugend-, Sport- und Kulturausschuss diskutiert habe. Damals habe man sich einstimmig darauf geeinigt, dass für gesonderte große Veranstaltungen ein Zuschuss in Höhe von 50 Euro gezahlt wird.

Die Sprecherin sah es auch als problematisch, eine Abgrenzung vorzunehmen ab wann dann eine gesonderte Zuwendung erfolgt.

RM Fromme brachte hervor, dass es diese hohen Auflagen zum Zeitpunkt der Erstellung der Richtlinie noch nicht gab.

BGM Wolf führte an, dass in diesem Jahr sowohl die Feuerwehr Haverlah als auch Steinlah eine festliche Veranstaltung planen. Die Veranstaltung in Haverlah würde in einem größeren Rahmen erfolgen und die Anzahl der Menschen, die in das Festzelt gehen, würde die Einwohnerzahl der Gemeinde Haverlah übersteigen. Somit würde man bei Zahlung eines Zuschusses nicht nur die Bürger der Gemeinde Haverlah fördern sondern auch die Gäste und man müsse sich im Klaren darüber sein, ob dieses so gewollt sei.

Er sei der Auffassung, dass die Feuerwehr Haverlah mit dieser Veranstaltung Erfolg haben und nichts an Geldern dazulegen wird.

BS: -mehrheitlich abgelehnt-

Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 8

Die Richtlinie der Gemeinde Haverlah für die Ehrung von verdienten Kommunalpolitikern, Ehrenbeamten und sonstigen ehrenamtlich Tätigen und sonstigen Personen und der Zuwendungsgewährung für Vereine, Verbände und sonstige Gruppen wird in § 8 Abschnitt A wie folgt ergänzt:

Führt ein ortsansässiger Verein oder eine gemeinnützige Organisation ein Event für die gesamte Bevölkerung eines Ortsteils durch, das sich nach Programm, Zeltgröße, Größe des Veranstaltungsangebots bzw. über das Maß auch eines runden Jubiläums hinausgeht, durch und sind besondere organisatorische Maßnahmen, z.B. Sicherheitsmaßnahmen, erforderlich, die ihre Ursache in dem vergrößerten Umfang des Festes haben, gilt eine Sonderregelung die den Umständen des Einzelfalles jeweils angepasst wird. In diesem Fall kann die Gemeinde durch eine gesonderte Zuwendung die Maßnahme unterstützen.

10. Antrag der SPD-Fraktion v. 20.02.2019 i. S. "RROP/WEA, Klärung Rückbau von Altanlagen gem. §249 BauBG"

RM Beims führte an, dass man in der letzten Sitzung des Verwaltungsausschusses zwei Prüfungsaufträge beschlossen habe. Der von ihm im Namen der SPD-Fraktion formulierte Antrag zielt nicht auf die neuen Vorranggebiete ab sondern vielmehr darauf, dass Altanlagen außerhalb des Vorranggebietes „Windenergienutzung“ abgebaut werden sofern es zu einer Neuerrichtung von Windenergieanlagen im Vorranggebiet kommt. Hierfür sei eine Änderung des Flächennutzungsplanes durch die Samtgemeinde erforderlich. Daher sei der Prüfungsauftrag ergangen, die Umsetzung dieses Antrages zu prüfen.

RM Fromme teilte mit, dass der Regionalverband die Windenergievorranggebiete bis über die B6 hinaus planen würde, mit dem Ziel, den Lückenschluss in Richtung des Ringelheimer Gebietes zu erreichen. Durch die Festlegung der Abstandsgrenze von 1.000 Metern habe die Gemeinde Haverlah keine Möglichkeit mehr, sich nach Westen auszudehnen. Eine Ausdehnungsmöglichkeit in Richtung Süden bestünde nur im Hinblick auf eine reine Wohnbebauung. Aus der Sicht des Sprechers ergäbe es keinen Sinn, Arbeit in die Prüfung des Antrages der SPD-Fraktion zu stecken, da dieser ins Leere gehen würde. Zum einen ist der Abbau von Altanlagen im Rahmen des Repowering gar nicht vorgesehen und weiterhin wird niemand auf Erträge zugunsten eines anderen verzichten. Außerdem würde das Abstandsproblem von diesem Antrag gar nicht berührt werden.

RM Beims betonte, dass es ein echter Gewinn für die Gemeinde Haverlah wäre, den Bereich zwischen den beiden Ortschaften von Anlagen frei zu bekommen.

RM Fromme erwiderte, dass man nicht die eine Gruppe gegen die andere aufhetzen würde. Vorschlag der CDU-Fraktion sei eine leichte Veränderung der Ostgrenze gewesen; dann hätte man die Kollision vermeiden können.

BGM Wolf äußerte, dass dieser Antrag hinsichtlich des Prüfauftrages in Ergänzung zu dem anderen Antrag sehr gut sei. Bei dem Thema Windkraft sei die Gemeinde Haverlah Vorreiter gewesen. In der Vergangenheit getroffene Aussagen des Zweckverbandes Großraumverband Braunschweig, dass keine weiteren Anlagen mehr im Hinblick auf die Sozialverträglichkeit gebaut werden dürften, wurden nivelliert. Die vorhandenen Anlagen würden offensichtlich für die Raumordnung keine große Rolle spielen; so ginge man mit Menschen in einer Region nicht um. Der Regionalverband habe es jedoch getan.

Der zweite Antrag habe zum Inhalt inwiefern es Sinn machen würde gegen den Aufstellungsbeschluss des Großraumverbandes vorzugehen und wie die Erfolgsaussichten in einem solchen Verfahren sind.

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 2

Die Samtgemeinde solle aufgefordert werden, einen Flächennutzungsplan zu erlassen, in dem die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen in der südlichen Erweiterungsfläche des Vorranggebietes „Windenergienutzung Haverlah“ an die Bedingungen geknüpft wird, dass nach Errichtung der neuen Windenergieanlagen die Bestandsanlagen zwischen Haverlah und Steinlah oder nördlich von Salzgitter-Ringelheim, die außerhalb des Vorranggebietes „Windenergienutzung“ liegen, innerhalb einer angemessenen Frist abgebaut werden. Voraussetzung ist lediglich, dass die Darstellungen zur Windenergienutzung in dem zu erlassenden Flächennutzungsplan die Wirkung von § 35 Abs.3 Satz 3 BauGB entfaltet, als Sondergebiete für Windenergienutzung mit Ausschlusswirkung dargestellt werden.

Es ist eine rechtliche Prüfung durchzuführen, inwiefern das Regionale Raumordnungsprogramm, so es denn in dieser Form beschlossen wird, anfechtbar ist, mit dem Ziel, eine Klage vorzubereiten, die dieses verhindert und die Auswirkungen, die damit verbunden sind, für die Gemeinde nichtig macht.

11. Antrag des RM Vöhringer v. 25.02.2019 i. S. "Anschaffung von Defibrillatoren für die Ortsteile Haverlah und Steinlah"

RM Vöhringer teilte mit, dass es sich bei ihrem Antrag um einen Prüfauftrag dahingehend handelt, ob die Anschaffung von Defibrillatoren sinnvoll ist, wo solche Geräte aufgehängt werden sollten und ob mit der Anschaffung auch Auflagen, z.B. eine Unterweisung, verbunden sind.

RM Fromme führte an, dass man Defibrillatoren an Stellen vorhalten sollte, an denen sich viele Menschen aufhalten. Das wären aus seiner Sicht das Dorfgemeinschaftshaus Steinlah, das Sportheim Steinlah und das Feuerwehrgerätehaus Haverlah. Für eine Hilfe im Dorf würde es nichts bringen, da die Wege einfach zu weit wären. Ein anderer Gedanke sei die Ausbildung von ehrenamtlichen Ersthelfern, die parallel zum Notarzt alarmiert werden würden.

BS: -einstimmig beschlossen-

Die Notwendigkeit der Anschaffung von Defibrillatoren wird gesehen. Im Haushalt sind dafür 3.000 € bereitzustellen.

12. Haushaltsentwurf 2019 - Entscheidung

BGM Wolf führte einleitend an, dass es die richtige Entscheidung war, im Vorjahr die Hebesätze bei den Realsteuern zu erhöhen. Nach der Erhöhung habe man im Bereich der Samtgemeinde im Mittelfeld gelegen. Nach nur 12 Monaten läge man nun mit den Hebesätzen bereits wieder im unteren Bereich in der Region. Weiterhin führte der Sprecher an, dass Mittel für Maßnahmen aus dem Vorjahr in das Haushaltsjahr 2019 übertragen werden müssten.

Im Anschluss daran nahm Verw.Ang. Kälin Erläuterungen zum Haushalt vor. Die Sprecherin machte darauf aufmerksam, dass am Tage der Sitzung noch eine Korrektur des Haushaltes dahingehend erfolgen musste, als dass der Ansatz bei der Gewerbesteuer nach aktueller Erkenntnis um 63.000 € gesenkt werden musste. Die Gewerbesteuerumlage würde sich dadurch um 11.900 € reduzieren. Unter Berücksichtigung der jüngsten Erkenntnisse entsteht nunmehr ein Fehlbedarf im Ergebnishaushalt in Höhe von 225.900 €. Verw. Ang. Kälin erläuterte die Veränderungen bei den Erträgen gegenüber dem Vorjahr; insgesamt gingen diese um 199.500 € zurück. Maßgeblich hierfür sei vor allem die Entwicklung in der Gewerbesteuer. Auf der Aufwandsseite käme es insgesamt zu einer Reduzierung von 192.300 €. Vor allem im Bereich der Transferaufwendungen entstünden Minderaufwendungen (- 175.300 €). Aufgrund der um rd. 9 % gesunkenen Steuerkraft der Gemeinde Haverlah seien im aktuellen Haushaltsjahr zusammen 134.300 € weniger an Kreis- und Samtgemeindeumlage abzuführen. Nachfolgend erläuterte die Sprecherin die wesentlichen Unterhaltungsmaßnahmen, die für das Jahr 2019 geplant sind sowie weitere laufende Maßnahmen wie die soziale Dorfentwicklung und die private Bauherrenförderung.

Die Situation im Finanzhaushalt gestalte sich derart, dass dieser mit einem Finanzmittelbedarf von 161.100 € abschließt. Das Defizit aus laufender Verwaltungstätigkeit beträgt dabei 140.2000 €, das aus Investitionstätigkeit 20.900 €. An Investitionsmaßnahmen seien im aktuellen Haushaltsjahr Ersatzbeschaffungen für die Kinderspielflächen (2.000 €), eine Erweiterung der Straßenbeleuchtung (16.600 €) und die Anschaffung einer Unkrauthexe für den Bauhof (2.300 €) vorgesehen. Die liquiden Mittel betrugen zu Beginn des Jahres 2019 rd. 932.800 €. Unter Berücksichtigung des aktuellen Finanzmittelbedarfs sowie noch zu bildender Ermächtigungsübertragungen im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 in einer Größenordnung von rd. 217.900 € würde sich der Bestand der liquiden Mittel zum 31.12.2019 auf rd. 550.800 € verringern.

In Bezug auf das relativ geringe Investitionsvolumen im laufenden Jahr führte BGM Wolf an, dass man in den letzten Jahren hohe Auszahlungen im Rahmen der Dorferneuerung Steinlah gehabt habe und diese Auszahlungen für die Dorferneuerung Haverlah erst noch anstehen würden. Da mache es Sinn, mit Maßnahmen zu warten, da diese dann im Rahmen der Dorferneuerung gefördert werden würden.

Die Bildung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft durch den Landkreis Wolfenbüttel käme für die Gemeinde Haverlah zu spät. Es war absehbar, dass es bei der Gewerbesteuer zu einem Einbruch kommen würde. Der Sprecher hofft, dass die Zeichen endlich seitens des Landkreises Wolfenbüttel erkannt werden.

RM Vöhringer bedankte sich im Namen des Bürgerforums bei allen, die an der Erstellung des Haushaltes beteiligt gewesen sind. Ein Bestand an liquiden Mitteln zum Ende des Jahres 2018 in Höhe von gut 930.000 € würde sich zunächst gut anhören; aber es sei ersichtlich, dass diese stark abschmelzen werden. Mit dem verbleibenden Rest sollte man umsichtig und vorsichtig umgehen. Doch sei es auch wichtig, sich als Gemeinde weiterzuentwickeln. Hier führte die Sprecherin die anstehende Dorferneuerung Haverlah und den Bau des Haus des Dorfes Haverlah an.

Weiterhin sei abzuwarten, ob und wie viel Geld tatsächlich für einen Rechtsstreit mit dem Großraumverband Braunschweig aufgewandt werden müsste.

RM Beims sprach auch seinen Dank an die Verwaltung aus und teilte für die SPD-Fraktion mit, dass im aktuellen Haushalt zukunftsorientierte Vorhaben enthalten sind. Hinsichtlich der Ab-

wanderung von Gewerbe sei es ein vorausschauender Schritt gewesen, im letzten Jahr die Hebesätze zu erhöhen. Man habe immer noch eine gesunde Steuerkraft. Die Gemeinde Haverlah sei finanziell gesund. Im Vergleich zu den größeren Mitgliedsgemeinden der Samtgemeinde verfüge die Gemeinde Haverlah über einen hohen Bestand an liquiden Mitteln.

RM Fromme schloss sich dem Dank der Vorredner für die CDU-Fraktion an. Letztendlich, so der Sprecher, seien nur drei Zahlen wichtig und nicht der ganze Zahlensalat. Es handele sich hierbei um das Ergebnis in der Ergebnishaushalt, die Liquiditätsrechnung und die Überschüsse in den Rücklagen.

Aus seiner Sicht würde die Gewerbesteuer in den nächsten 5 – 10 Jahren noch weiter zurückgehen. Bei der Überschussrücklage handele es sich um nichts anderes als um zu viel ausgeschöpfte Steuereinnahmen; der Fehlbetrag des laufenden Jahres kann aus der vorhandenen Rücklage gedeckt werden. Auch wies RM Fromme darauf hin, dass es zu einem Anstieg bei den Sachkosten kommen würde, da u.a. die Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für das Dorfgemeinschaftshaus Steinlah hinzukämen.

Die CDU will, dass es in der Gemeinde Haverlah weitergeht. Deswegen beantragte RM Fromme noch folgende Mittel in den Haushalt 2019 einzustellen:

•	barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle Söderhof	40.000 €
	Förderung für diese Maßnahme	36.000 €
•	Zuschuss Feuerwehrfest	5.000 €
•	W-LAN, laufende Aufwendungen	2.000 €
	W-LAN, investive Mittel	3.000 €
•	Glasfaser – vom grünen Kasten bis in jedes Haus	
•	Errichtung von 2 Wall-Boxen	5.000 €
•	Anschaffung von Defibrillatoren	2.000 €

RM Beims führte hierzu an, dass Sachdiskussionen in die Bereitstellung von Haushaltsmitteln münden würden. Die CDU-Fraktion habe ihre Sachanträge vorgebracht, die Themen seien allesamt schon behandelt und mehrheitlich abgelehnt worden. Der Sprecher teilte mit, dass er auch die Anträge hinsichtlich der Versorgung mit Glasfaser und der Errichtung von Wall-Boxen ablehnen müsse, da die Schilderung dieser Maßnahmen durch die CDU-Fraktion nicht ausreichend und es unklar sei, wie viel Haushaltsmittel benötigt werden würden. Die Notwendigkeit der Anschaffung von Defibrillatoren sähe der Sprecher allerdings.

BGM Wolf teilte abschließend mit, dass es durch Überschneidungen bei den Einnahmen aus Steuern und den darauf zu leistenden Transferleistungen die Gemeinde immer mal wieder einholen würde; aber es würden auch wieder positive Auswirkungen folgen.

Hinsichtlich der vorgebrachten Anträge der CDU-Fraktion auf einzustellende Mittel in den Haushalt erklärte BGM Wolf, dass die Maßnahme W-LAN-Versorgung beschlossen worden sei und die Bezuschussung von Dorffesten ausführlich diskutiert wurde. Aus seiner Sicht würde die Bereitstellung von 5.000 € für die Errichtung von zwei Wall-Boxen nicht ausreichen. Für diesen Betrag bekäme man Anlagen für den Hausgebrauch. Professionelle Ladestationen lägen im höheren fünfstelligen Bereich. Außerdem sei sich die Frage zu stellen, ob es die Aufgabe von Kommunen sei, Tankstellen vorzuhalten. Wenn dem so wäre, müssten die Gemeinden auch an der Mineralölsteuer beteiligt werden.

Für die Anschaffung von Defibrillatoren regte der Sprecher an, einen Betrag von 3.000 € in den Haushalt einzustellen.

RM Fromme stellte abschließend fest, dass man auch Dinge angehen müsste, die einen vorwärts bringen. Deswegen würde die CDU-Fraktion ihre vorgebrachten Anträge aufrechterhalten.

BGM Wolf ließ anschließend über jeden Antrag einzeln abstimmen:

- barrierefreier Ausbau der Bushaltestelle Söderhof
2 Ja-, 8 Nein-Stimmen
- Zuschuss Feuerwehrfest
2 Ja-, 8 Nein-Stimmen
- W-LAN, laufende Aufwendungen
2 Ja-, 8 Nein-Stimmen
- W-LAN, investive Mittel
2 Ja-, 7 Nein-Stimmen 1 Enthaltung
- Glasfaser – vom grünen Kasten bis in jedes Haus
2 Ja-, 8 Nein-Stimmen
- Errichtung von 2 Wall-Boxen
2 Ja-, 8 Nein-Stimmen
- Anschaffung von Defibrillatoren
einstimmig beschlossen

BS: -mehrheitlich beschlossen-

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 2

Die Haushaltssatzung, der Haushaltsplan und der Stellenplan der Gemeinde Haverlah für das Haushaltsjahr 2019 einschl. der Finanzplanung für den Planungszeitraum 2020 – 2022 werden mit der vorgenannten Änderung beschlossen.

13. Antrag der CDU-Fraktion auf die Umbesetzung von Ausschüssen

RM Fromme teilte mit, dass RM Weniger sein Mandat in den Ausschüssen niedergelegt hat und seine Person Nachfolger geworden sei.

BS: -einstimmig beschlossen-

Das Ratsmitglied Rene Weniger hat sein Mandat im technischen Ausschuss niedergelegt. Als Nachfolger für dieses Mandat wird Ratsmitglied Jochen-Konrad Fromme benannt.

14. Mitteilungen

- KEINE -

15. Anfragen

- KEINE -

Wolf
Bürgermeister

Kälin
Protokollführerin